Tijen Ataoğlu, LL.M.
Mitglied des Deutschen Bundestages

Recht gut informiert

Newsletter Ihrer
Bundestagsabgeordneten

Nr. 18

Liebe Leserinnen und Leser,

auf eine Doppelsitzungswoche folgt ausnahmsweise ein Doppelnewsletter. Ich hoffe, Sie haben den Newsletter in der vergangenen Woche nicht allzu sehr vermisst.

In den vergangenen zwei Wochen ist im Bundestag viel passiert: wir haben das Infrastruktur-Zukunftsgesetz mit knapp 170 Milliarden Euro für die Sanierung unserer Verkehrsinfrastruktur beraten. Denn diese Mittel werden dringend für unsere Straßen, Brücken und Schienen benötigt.
Das Gebäudeenergiegesetz (sog. Heizungsgesetz) wird - wie wir es im Wahlkampf versprochen haben - reformiert. Die Vorgaben werden technologieoffener, flexibler und praxistauglicher, sodass Eigentümer wieder selbst entscheiden dürfen, welches Heizsystem für sie am sinnvollsten ist.
Die neue Grundsicherung ist beschlossen und das Bürgergeld Geschichte. Damit hat künftig die Vermittlung eines Arbeitsplatzes, insbesondere für Langzeitarbeitslose, wieder Priorität.

Besonders gefreut habe ich mich, über die Besuche von Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums Hohenlimburg und des Christian-Rohlfs-Gymnasiums Haspe im Deutschen Bundestag. Die Perspektive der Jugendlichen auf die Politik aber auch auf die Herausforderungen Deutschlands und der Welt ist wirklich bereichernd. Ich hoffe, dass die Schülerinnen und Schüler nach unserem Gespräch und dem Besuch im Plenum einen realistischen Blick auf meine Arbeit im Parlament und im Wahlkreis bekommen haben.

Leider waren die letzten Tage nicht nur erfreulich. Seit dem militärischen Angriff der USA und Israels auf das iranische Mullah-Regime und entsprechenden Gegenangriffen auch auf umliegende Länder hat sich die Situation im Nahen Osten einmal mehr verschärft. Nachdem ich vor vier Wochen in der Region war, wünsche ich mir mehr denn je Frieden für die Menschen vor Ort. Deshalb ist es auch richtig, dass unser Außenminister Dr. Johann Wadephul eine deutsche Beteiligung in diesem Krieg ausgeschlossen. Der Krieg muss unverzüglich enden.

Ich hoffe, der Newsletter lenkt Sie zumindest ein paar Minuten von den besorgniserregenden Entwicklungen der Welt ab.

Ihre Tijen Ataoğlu

© CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Reinhard Brandl, MdB

Effektiver Schutz vor Gewalt und Missbrauch von Frauen

Die schockierenden Tode zweier Frauen in Hagen und Ennepetal sind traurige Bestätigung, dass es beim Schutz von Frauen weiterhin Handlungsbedarf gibt. Deshalb hat der Bundestag letzte Woche das neue Gesetz zur Einführung einer Aufenthaltsüberwachung von Gewalttätern, insbesondere bei häuslicher Gewalt, beraten. Mittels einer vom Gericht angeordneten Fußfessel können so Annäherungsverbote an bestimmte Orte wirksam überwacht werden und Opfer werden sofort benachrichtigt, falls sich ihnen jemand verbotenerweise nähert. Die Fußfessel ist ein sinnvolles Instrument zur Prävention neuer Taten, da wir gleichzeitig Strafen erhöhen und Anti-Gewalttrainings verpflichtend für die Täter anordnen. Bereits in Arbeit ist auch Gesetz, mit dem wir hart gegen die Fälle vorgehen, bei denen K.O.-Tropfen eingesetzt werden, um Personen wehrlos zu machen. Ziel dieser hinterhältigen Attacken sind meist Frauen. Wird eine Person mit den Tropfen außer Gefecht gesetzt und anschließend vergewaltigt oder bestohlen, drohen zukünftig mindestens fünf Jahre Haft.

Der Fall um Jeffrey Epstein und die über ihn veröffentlichten Ermittlungsakten zeigen, auf welch abscheuliche Weise Frauen systematisch zu Missbrauchsopfern werden. In meiner Rede zu einer Aktuellen Stunde am vergangenen Freitag dazu habe ich bereits angemahnt, dass wir solche Fälle ernst nehmen müssen und dort, wo konkrete Anhaltspunkte für Straftaten bestehen, sorgfältig ermitteln müssen. Um solche Netzwerke organisierten Missbrauchs aufdecken zu können, brauchen Staatsanwaltschaften aber auch wirksame Ermittlungsbefugnisse. Daher ist notwendig, dass wir zur Bekämpfung dieser zumeist online agierenden Netzwerke endlich die IP-Datenspeicherung einführen, um Hintermänner sichtbar und verfolgbar zu machen. Gestern durfte ich erneut zu dem Thema reden. Es ging auf

Antrag der AfD-Fraktion um die Frage, ob die Bundesregierung eine Sonderkommission schaffen sollte, die die Epstein-Akten sichtet und nach Tätern sucht. So wichtig die Aufklärung ist, ist das nicht der richtige Weg. Strafverfolgung obliegt ausschließlich den Staatsanwaltschaften in Deutschland und nicht irgendwelchen Ausschüssen oder Kommissionen des Bundestages oder der Bundesregierung. Die unabhängige Justiz darf sich weder dem Druck der Politik noch der öffentlichen Stimmung beugen. Wenn es einen konkreten Anfangsverdacht gibt, dann werden unsere gewissenhaften Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in den Bundesländern entsprechend ermitteln.

Meine Reden finden Sie hier dbtg.tv/cvid/7649500 und hier dbtg.tv/cvid/7649626 sowie auf Instagram und Facebook.

© Isabel Drescher

Treffen der CDU/CSU-Frauengruppe mit Bundestagspräsidentin Julia Klöckner

In meiner Fraktion sind insgesamt 48 großartige Frauen. In den Sitzungswochen treffen wir uns in diesem Kreis regelmäßig, um über laufende Initiativen zu diskutieren oder um uns mit Fachleuten über wichtige Themen auszutauschen. In dieser Woche hatten wir einen besonderen Gast: unsere Bundestagspräsidentin Julia Klöckner. Zwar ist sie als Abgeordnete selbst Mitglied der Frauengruppe, in unserer Sitzung war sie allerdings in ihrer Funktion als Präsidentin. Mit ihr konnten wir uns zu aktuellen Themen aus der Verwaltung des Bundestages unterhalten und Einblicke in die hohen Anforderungen ihres Amtes, auch als Frau, austauschen. Es war ein sehr inspirierender Austausch, der einmal mehr gezeigt, wie wichtig es ist, dass Frauen hohe Staatsämter bekleiden.
Und weil am Sonntag der Internationale Weltfrauentag ist, darf ich allen Leserinnen im Namen unserer Frauengruppe alles Liebe zum Weltfrauentag wünschen.

© Büro Tijen Ataoğlu, MdB

Versprochen gehalten: Grundsicherung vom Bundestag beschlossen

Nach intensiven Debatten hat der Bundestag am Donnerstag die Einführung der neuen Grundsicherung beschlossen. Damit ist ein weiteres Versprechen des Koalitionsvertrages umgesetzt. Ab jetzt gilt wieder der Vorrang für die Vermittlung in Arbeit, damit jeder, der arbeiten kann, dauerhaft in Arbeit kommt. Dazu gehört auch, dass die Personen, die sich einer Mitarbeit beim Jobcenter verweigern, z.B. weil sie unentschuldigt nicht zu Terminen erscheinen, mit echten Sanktionen rechnen müssen. Im Extremfall sogar bis zur völligen Streichung aller Leistungen.

Damit es so weit nicht kommen muss, geben wir den Jobcentern mehr Spielräume für eine erfolgreiche Vermittlung an die Hand, mit denen sie gezielter fördern und besonders mehr für Langzeitarbeitslose tun können. Angesichts der fast 800.000 Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen und dem gleichzeitig bei den Unternehmen bestehenden Fachkräftemangel kommen die Möglichkeiten der neuen Grundsicherung keine Minute zu spät. Mit Ihnen können die Jobvermittler nun mehr tun, um die in den Menschen schlummernden Spezialisierungs- und Weiterbildungspotentiale zu fördern und sie fit für den Arbeitsmarkt zu machen.

© Büro Tijen Ataoğlu, MdB

Die Justiz ist das Rückgrat unseres Rechtsstaates

Am Donnerstag hatte ich die Möglichkeit, mich mit dem Vorsitzenden des Bundes Deutscher Rechtspfleger Mario Blödtner sowie seinen beiden Stellvertretern Björn Benkhoff und Achim Müller im Bundestag zu treffen. Dabei ging es neben einem persönlichen Kennenlernen um die vielen Reformen des Zivilprozessrechts, die ich für meine Fraktion im Rechtsausschuss bearbeiten darf. Durch meine Arbeit als Richterin am Landgericht Hagen habe ich daran natürlich ein besonderes fachliches Interesse.

Nach der Reform der Zuständigkeitsstreitwerte und der Einführung des zivilen Onlineverfahren bin ich derzeit mit der Digitalisierung der Zwangsvollstreckung befasst. Wenn alles planmäßig läuft, wird der Bundestag bereits nächste Sitzungswoche diese Reform abschließen. Der Austausch mit den Praktikern, die die Gesetze umsetzen müssen, ist für mich sehr wichtig. Nicht nur die Meinung der Rechtspfleger schätze ich daher sehr. Letzte Woche habe ich mich mit dem Bund Deutscher Inkassounternehmen ausgetauscht und davor bereits mit dem Deutschen Gerichtsvollzieher Bund, um zu erfahren, wo mögliche Stolpersteine drohen und Verbesserungspotenziale schlummern. Aus den Gesprächen habe ich wichtige Punkte für die weiteren parlamentarischen Beratungen mitgenommen.

Aktionsplan gegen
Organisierte Kriminalität
Bundesministerium der Finanzen
Bundesministerium des Innern
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

© Bundesministerium der Finanzen

Entschlossener Kampf gegen Organisierte Kriminalität

Die Organisierte Kriminalität, insbesondere verübt durch Clans oder die Mafia, ist strafrechtlich schwer zu verfolgen. Denn es sind oftmals unterschiedlichste Behörden auf Bundes- und Landesebene sowie kommunaler Ebene involviert, deren Zusammenarbeit komplex und langwierig ist.

Um hier eine Zeitenwende zu erreichen, haben sich unter der Federführung von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt das Innen-, Finanz und Justizministerium zusammengetan und einen gemeinsamen Aktionsplan entwickelt, mit dem Geldwäsche-, Finanz- und Rauschgiftkriminalität zukünftig effektiver bekämpft werden können. Kern der neuen Strategie ist es, Behörden untereinander direkte Datenzugriffe zu ermöglichen, sodass z.B. ein Staatsanwalt leichter auf Informationen des Zolls zugreifen kann. Außerdem wird genauer analysiert, welche Finanzströme bei den Tätern vorkommen. So führen auffällige oder missbräuchliche Geldbewegungen häufig zu weiteren Tätern und verschleierter Beute. Durch gezieltes Abschöpfen dieser Gelder können die Banden trockengelegt werden.

Dass diese Maßnahmen zum Erfolg führen, zeigt sich bereits in Nordrhein-Westfalen. Dort hat Innenminister Herbert Reul es geschafft, mit einem entschlossenen Vorgehen der Polizei, guter Ausrüstung für die Einsatzkräfte und einer besseren Zusammenarbeit seiner Behörden einen deutlichen Rückgang bei der Kriminalität zu erreichen. Was im Kleinen gelingt, wird der Bund nun koordiniert für ganz Deutschland in Angriff nehmen

© Deutscher Bundestag / Tobias Koch

Staatsakt für Bundestagspräsidentin a.D. Prof. Dr. Rita Süssmuth

In der vergangenen Woche nahm der Bundestag in einem bewegenden Trauerstaatsakt Abschied von seiner kürzlich verstorbenen, langjährigen Präsidentin Frau Prof. Dr. Rita Süssmuth. In der einstündigen Zeremonie, der ein sehr würdiger Gottesdienst in der St. Hedwigs-Kathedrale vorausging, ehrten wir diese herausragende Politikerin, Vorkämpferin der sozialen Gerechtigkeit und aufrechte Nordrhein-Westfälin.

Rita Süssmuth war meinungsstark und engagiert. Sie öffnete Debatten, baute Brücken und trieb Reformen mit Beharrlichkeit und Überzeugungskraft voran. Mit einem festen Wertekompass, der auf dem unbedingten Einsatz für demokratische

Prinzipien baute, prägte Rita Süssmuth über Jahrzehnte die politische Kultur unseres Landes. Sie stand für eine Politik, die Verantwortung mit Menschlichkeit verbindet. Ihr Einsatz für die Gleichstellung der Frau, für Minderheiten und besonders AIDS-erkrankte Menschen bleibt unvergessen.

Der Staatsakt war ein würdevoller Ausdruck der Anerkennung und des Dankes für ein politisches Lebenswerk, das weit über Parteigrenzen hinaus Respekt und Wertschätzung genießt. Möge sie in Frieden ruhen.

🌐 Meine Homepage

Impressum:
Nr. 18 | 6. März 2026
Herausgeber:
Bundestagsbüro Tijen Ataoğlu, LL.M., MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: +49 30 / 227-70928
E-Mail: tijen.ataoglu@bundestag.de
V.i.S.d.P.: Tijen Ataoğlu, LL.M., MdB

Web-Ansicht | Webview | Web görünümü

Abmeldung | Unsubscribe | Abonelikten çıkma bağlantısı